

Weg ins Abseits

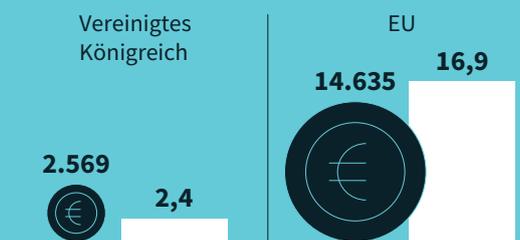
Brexit. Auch wenn die Befürworter von der großen Freiheit schwärmen – nüchtern betrachtet, würde ein Austritt aus der EU das Vereinigte Königreich wirtschaftlich wohl deutlich schwächen. Außerhalb der europäischen Staatengemeinschaft ist Großbritannien dann doch ein zu kleiner Markt, um reibungslos und kostengünstig Handelsabkommen mit anderen Ländern abzuschließen, die den Briten die bisherigen Vorteile sichern. Und die Alternativen zur EU-Mitgliedschaft, beispielsweise indem sich die Briten wie die Schweizer auf bilaterale Vereinbarungen mit Brüssel stützen, wären auch mit vielen Nachteilen verbunden. Dennoch sind die Experten in Großbritannien geteilter Meinung über den Brexit.

→ [Seiten 2-5](#)

Die EU und die Insel

im Jahr 2015

- Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Milliarden Euro
- Anteil am weltweiten BIP in Prozent, um Kaufkraftunterschiede bereinigt



Ursprungsdaten: EU-Kommission, Eurostat, Internationaler Währungsfonds
© 2016 IW Medien / iwd 22

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Schnelle City-Surfer

So viel Prozent der Haushalte in Deutschland steht eine Downloadrate von mindestens 50 Megabit pro Sekunde zur Verfügung



Stand: Mitte 2015

Ursprungsdaten: Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur, TÜV Rheinland
© 2016 IW Medien / iwd 22

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Starkes IT-Gefälle

Digitalisierung. Um vom Trend zur digitalen Wirtschaft nicht abgekoppelt zu werden, müssen sich die ostdeutschen Bundesländer und die ländlichen Regionen stärker engagieren. Dort mangelt es bislang sowohl an IT-Fachkräften als auch an einer leistungsfähigen Breitbandinfrastruktur. Für die Fachkräftelücke im Osten und auf dem Land ist nicht zuletzt die Tatsache verantwortlich, dass die dortigen Hochschulen weniger Informatiker hervorbringen als jene im Westen und in den Ballungsgebieten.

→ [Seiten 8-9](#)

Gewagtes Experiment

Bedingungsloses Grundeinkommen. Die Schweizer Bürger entscheiden am 5. Juni darüber, ob ihre Regierung ein Grundeinkommen ohne Wenn und Aber für alle Einwohner einführen soll – vorgeschlagen sind monatlich 2.500 Franken je Erwachsenen und 625 Franken je Kind. Sollte das Votum entgegen allen Erwartungen positiv ausfallen, würde es ein teures Experiment. Und selbst bei der geschätzten Finanzierungslücke von 25 Milliarden Franken bliebe es nur dann, wenn die Eidgenossen trotz des Geldsegens von Vater Staat ihre Jobs nicht aufgeben.

→ [Seite 11](#)



Top-Liste: Bier

Mit 106 Litern pro Jahr gehören die Bundesbürger in Sachen Bierkonsum zur Weltspitze. Der in Deutschland gebrauchte Gerstensaft genießt zwar auch weltweit einen guten Ruf, von der Produktionsmenge her gesehen sind die hiesigen Brauereien im globalen Vergleich aber winzig.

→ [Seite 12](#)

Rosinenpickerei ist Wunschdenken



Brexit. Am 23. Juni stimmen die Briten über den Verbleib ihres Landes in der Europäischen Union ab. Entscheiden sie sich für den Brexit, muss die britische Regierung mit der EU die Zusammenarbeit auf politischer und wirtschaftlicher Ebene neu regeln. Die Befürworter eines EU-Austritts hoffen auf ein maßgeschneidertes Abkommen für das Vereinigte Königreich. Das ist jedoch wenig realistisch.

Wird 2016 zu einem Schicksalsjahr für die Europäische Union? Wenn die Briten bei der Volksabstimmung „No“ zur EU-Mitgliedschaft sagen, würde in der Tat zum ersten Mal ein Land die Gemeinschaft verlassen. Der Austritt würde erfolgen, sobald dessen Modalitäten sowie der Rahmen der künftigen Beziehungen in einem Abkommen festgelegt wären – spätestens aber zwei Jahre, nachdem London den Austritt mitgeteilt hat. Nur in beiderseitigem Einvernehmen ließe sich diese Frist verlängern.

Die Befürworter eines Brexit spekulieren darauf, mit der EU ein Abkommen auszuhandeln, das sich ganz nach ihren Wünschen richtet. Im Einzelnen:

- **Weiterhin Zugang zum Binnenmarkt.** An der Möglichkeit, ihre Waren und Dienstleistungen ungehindert in der EU anzubieten, wollen auch die Brexit-Befürworter nicht rütteln – an der Gemeinsamen Agrarpolitik oder der Regionalpolitik der EU soll sich das Vereinigte Königreich aber nicht mehr beteiligen.
- **Mehr Freiheit.** Die Brexit-Anhänger wollen die von ihnen als Ballast empfundenen Regulierungen der EU abschütteln und möchten die wirtschaftlichen Beziehungen mit Ländern außerhalb der EU nach eigenem Gusto gestalten.
- **Finanzielle Entlastung.** Den britischen Beitrag zum EU-Haushalt wollen die Kritiker natürlich einsparen. Im Durchschnitt der Jahre 2010 bis 2014 waren das netto 8,5 Milliarden Euro beziehungsweise gut 0,4 Prozent des britischen Bruttoinlandsprodukts.
- **Ende der Freizügigkeit.** Zu den zentralen Argumenten der Brexit-Befürworter zählt auch, dass Großbritannien

dann wieder selbst bestimmen könne, unter welchen Bedingungen sich Bürger aus den EU-Staaten im Vereinigten Königreich aufhalten dürfen.

Ein Abkommen, das all diese Wünsche erfüllt und mit dem sich London quasi die Rosinen aus dem EU-Kuchen picken kann, dürfte in Brüssel aber kaum eine Chance haben. Denn die EU wird sicherlich alles daransetzen, dass der Austritt für die Briten schmerzliche Folgen haben wird – schon deshalb, weil sie mögliche Nachahmer abschrecken und einem allmählichen Zerfall der Staatengemeinschaft vorbeugen will.

Vor diesem Hintergrund spricht alles für ein zähes und langes Ringen um eine Einigung. Einen Anhaltspunkt für die mögliche Verhandlungsdauer gibt der Blick auf jene Handelsabkommen, die die EU mit Drittstaaten geschlossen hat – bis zur Einigung vergingen zwischen vier und neun Jahre.

Welcher Verhandlungspartner seine Vorstellungen in welchem Maße durchsetzen kann, hängt zudem von der jeweiligen Marktmacht ab. Und da hat Großbritannien nicht allzu gute Karten (Grafik):

Im Jahr 2015 lieferte das Vereinigte Königreich gut 44 Prozent seiner Ausfuhren in die übrigen EU-Mitgliedsstaaten – aber nur 6,5 Prozent aller EU-Exporte gingen auf die britischen Inseln.

Die EU ist demnach in wesentlich geringerem Maße auf den Zugang zum britischen Markt angewiesen als umgekehrt.

Für langwierige Verhandlungen spricht zudem, dass das Austrittsabkommen je nach konkreter Ausgestaltung möglicherweise von allen EU-Staaten ratifiziert werden muss, die qualifizierte Mehrheit im Rat der EU also nicht ausreicht.

Verlassen die Briten die europäische Familie, müssen sie aber nicht nur mit der EU ihre Beziehungen neu regeln, sondern auch mehr als 30 Handelsabkommen mit über 50 Drittländern neu verhandeln, zum Beispiel mit Mexiko, Südafrika und Südkorea. Außerdem müsste das Vereinigte Königreich mit den USA neue Verhandlungen als Ersatz für TTIP aufnehmen. Da jedes einzelne Vertragsverfahren mit großem Aufwand verbunden ist, wird es sehr lange dauern, bis alle neuen Abkommen

unter Dach und Fach sind. Zudem dürften sich auch diese Länder nicht allzu freimütig auf neue Zugeständnisse einlassen, denn im Vergleich zur EU ist Großbritannien dann doch eher ein kleiner und damit schwächerer Partner:

Um Kaufkraftunterschiede bereinigt, erwirtschaftet die EU-28 fast 17 Prozent des weltweiten Bruttoinlandsprodukts (BIP) – das Vereinigte Königreich allein kommt lediglich auf einen Anteil von 2,4 Prozent.

Zwar können die Briten nach dem EU-Austritt beispielsweise die bisher im Zuge der EU-Agrarpolitik erhobenen Zölle und sonstigen Handelsbarrieren abschaffen. Doch dann haben sie in künftigen Verhandlungen mit Drittstaaten kein Ass mehr im Ärmel – warum sollten diese Länder den Briten noch entgegenkommen, wenn sie schon freien Zugang zum britischen Markt haben?

All dies spricht dafür, dass die Rechnung der Brexit-Fans nicht aufgeht und das Vereinigte Königreich wirtschaftlich am Ende als Verlierer dasteht. Die Frage ist nur, wie stark der Brexit die britische Volkswirtschaft treffen würde. Es gibt mehrere Studien, in denen die Briten relativ glimpflich davorkämen – die langfristigen Kosten eines EU-Austritts lägen demnach zwischen 1 und weniger als 5 Prozent des britischen BIP.

Diese Analysen erfassen jedoch die Vorteile der wirtschaftlichen Verzahnung Großbritanniens mit der EU nur unzureichend. Meist übersehen sie zum Beispiel jene positiven Effekte, die dadurch entstehen, dass die europäische Integration nicht nur zu mehr Handel, sondern auch zu einem stärkeren Zufluss von Direktinvestitionen führt. Das erhöht die Wettbewerbsintensität, was wiederum mehr Innovationen und eine effizientere Nutzung der Ressourcen wie Arbeit und Kapital zur Folge hat.

Daher ist es plausibel anzunehmen, dass der Brexit deutlich gravierendere Folgen hätte. Das britische Finanzministerium zum Beispiel rechnet damit, dass es schon innerhalb von zwei Jahren zu einem regelrechten Schock kommt:

Der Brexit würde die Wirtschaft des Vereinigten Königreichs kurzfristig bis zu 6 Prozent des BIP kosten und die Arbeitslosenzahl um bis zu 820.000 steigen lassen.

Eine weitere Untersuchung des britischen Finanzministers geht im ungünstigsten Szenario davon aus, dass das britische BIP längerfristig – nach 15 Jahren – um bis zu 9,5 Prozent geringer wäre, als wenn das Land in der EU bliebe. Rein rechnerisch würde jeder britische Haushalt dadurch rund 6.600 Pfund im Jahr verlieren (1 Britisches Pfund entspricht derzeit etwa 1,30 Euro).

Nun mag man argumentieren, die Regierung in London würde solch negative Zahlen absichtlich lancieren, um die Brexit-Befürworter abzuschrecken. Doch die

Vereinigtes Königreich und EU in Zahlen

im Jahr 2015

	Vereinigtes Königreich	EU
Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Milliarden Euro	2.569 	14.635 
Anteil am weltweiten BIP in Prozent, um Kaufkraftunterschiede bereinigt	2,4 	16,9 
Reales BIP, Veränderung gegenüber 2014 in Prozent	2,3 	2,0 
Bevölkerung in Millionen	65,1 	509,5 
BIP je Einwohner in Euro	39.500 	28.700 
Arbeitslosenquote in Prozent	5,3 	9,4 
Haushaltssaldo in Prozent des BIP	-4,4 	-2,4 
Schuldenstand in Prozent des BIP	89,2 	86,8 
Handelsverflechtung in Prozent	44,4 	6,5 

Handelsverflechtung Vereinigtes Königreich: Anteil der Exporte in die EU in Prozent aller Exporte; Handelsverflechtung EU: Anteil der Exporte ins Vereinigte Königreich in Prozent aller Exporte

Ursprungsdaten: EU-Kommission, Eurostat, Internationaler Währungsfonds; © 2016 IW Medien / iwd 22

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Zahlen scheinen realistisch zu sein – jedenfalls wartet die OECD mit ähnlichen Daten auf: Sie beziffert den Brexit-Effekt auf das britische BIP in ihrem pessimistischen Szenario auf minus 7,7 Prozent und kommt damit auf einen Wohlstandsverlust von 5.000 Pfund je Haushalt.

Vgl. IW-Kurzbericht 23/2016

Berthold Busch, Jürgen Matthes: Brexit – Das Vereinigte Königreich vor dem Austritt aus der EU?
iwkoeln.de/brexit

Zwei Briten – zwei Meinungen



Brexit. Den Umfragen zufolge sind die britischen Bürger vor dem Referendum über die EU-Mitgliedschaft in zwei Lager gespalten. Der iwd lässt zwei prominente Persönlichkeiten mit konträren Positionen zu Wort kommen.



Foto: privat

Pro



Patrick Minford
ist Professor of Economics an der Cardiff Business School, Cardiff University

„Der EU-Binnenmarkt ist kein Paradies“

Dem Vereinigten Königreich schadet seine EU-Mitgliedschaft beträchtlich – aus mehreren Gründen:

Die Zoll- und anderen Handelsschranken der EU erhöhen die Preise für geschützte Agrargüter und Industrieerzeugnisse um etwa 20 Prozent. Der EU-Binnenmarkt ist also keineswegs ein freies „Marktparadies“. Das dortige Preisniveau liegt weit über den Weltmarktpreisen, was unsere Wirtschaft in Richtung der von der EU geschützten Güter verzerrt. Unsere Verbraucher müssen für das Gros der Waren überhöhte Preise zahlen. Ein Teil des Preisaufschlags fließt direkt in die Taschen der Industrie in der restlichen EU. Dieser Verlust an Freihandel kostet uns insgesamt etwa 4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

Das Pro-EU-Lager behauptet: Wenn wir die EU verlassen, sind wir unfähig, neue Handelsabkommen abzuschließen. Doch solche Abkommen sind für uns unwichtig, da sie sich kaum auf die Weltmarktpreise der von uns verkauften Waren und Dienstleistungen auswirken. Daher haben sie keinen wesentlichen Einfluss auf unsere gesamte Exportmenge.

Ein weiteres Problem: Die EU-Vorschriften sind das Ergebnis der in Brüssel geleisteten Lobbyarbeit von Konzernen und Gewerkschaften sowie der Sichtweisen anderer EU-Regierungen. Ob man nun die Regelungen zu Energie, Finanzen und Arbeitsmarkt oder die Industrienormen betrachtet – für das Vereinigte Königreich wären andere Regeln meist besser.

Auch die Panikmache, der Brexit würde geringere ausländische Direktinvestitionen und Jobverluste nach sich ziehen, ist unsinnig. Direktinvestitionen fließen, weil Auslandskapital bei uns Erträge bringt. Natürlich wird sich der Zufluss nach einem Austritt aus der EU fortsetzen, wenn auch in jenen Bereichen, die vom freien Welthandel begünstigt werden. Dort werden neue Jobs entstehen. Sie ersetzen die Arbeitsplätze, die in den vormals geschützten Sektoren verloren gehen. Unterm Strich nimmt die Beschäftigung zu – bei steigenden Reallöhnen.

Patrick Minford u. a.: *Should Britain leave the EU? Economic analysis of a troubled relationship*, Edward Elgar, 2. Auflage, 2015



Foto: privat

Kontra



Terry Scuoler
ist Geschäftsführer des britischen Industrieverbands EEF, der knapp 20.000 Unternehmen vertritt

„Unser Handel mit der EU käme zum Erliegen“

Laut einer unabhängigen Meinungsumfrage geben 61 Prozent unserer Mitgliedsunternehmen an, dass sie in der Union bleiben möchten, 5 Prozent sind für den Austritt. Der Rest ist entweder unentschlossen oder möchte sich nicht festlegen.

Die Gründe dafür, dass die große Mehrheit der Firmen in der EU bleiben möchte, sind eindeutig wirtschaftlicher Natur. Sie haben zu tun mit Marktzugang, Handel und den Vorteilen umfassender, von der EU ausgehandelter Handelsabkommen, aber auch dem Zugang zu ausländischen Arbeitskräften und den Vorteilen der Normung, um nur einige zu nennen.

Die Folge eines EU-Austritts könnte besonders problematisch sein im Hinblick auf ausländische Investitionen. Großbritannien ist in der EU der größte Empfänger ausländischer Direktinvestitionen. Natürlich sind Arbeitsplätze die offensichtliche Folge von mehr ausländischem Kapital – weshalb der EU-Austritt eine dramatische und unerfreuliche Auswirkung auf die Beschäftigung im Vereinigten Königreich haben könnte.

Mit einem Austritt käme auch der Handel mit der EU zum Erliegen, was uns kurzfristig in eine Rezession stürzen könnte. Warum wollen wir das riskieren? Auch der Zugang zu günstigen Krediten würde erschwert, das träfe Hauskäufer ebenso wie Unternehmen, insbesondere kleine und mittlere. Die durch den Brexit verursachte Unsicherheit würde auch die Anleihen- und Aktienmärkte treffen. Eine deutliche Korrektur des Aktienmarktes könnte die Vernichtung von Milliardenwerten bei börsennotierten Unternehmen zur Folge haben. Aufgrund der Vernetzung der Weltwirtschaft könnten diese Stoßwellen global ernste und unbeabsichtigte Folgen haben.

Ich bin überzeugt, dass die britische Industrie einen dramatischen Abschwung erleiden wird, wenn Großbritannien für den Austritt stimmt. Die wirtschaftlichen Folgen sind bestenfalls unvorhersehbar, im schlimmsten Fall könnten sie weltweit extrem schwerwiegend sein. Ich hoffe, das britische Volk wird die enorme Menge an Belegen, die auf die sehr realen wirtschaftlichen Risiken eines EU-Austritts hindeuten, sorgfältig prüfen.

Teure Alternativen zur EU



Brexit. Treten die Briten aus der EU aus, könnten sie zum Beispiel ähnliche Beziehungen

zu Brüssel knüpfen wie Norwegen oder die Schweiz. Kostenlos wäre keine der Alternativen.

1. Eine Mitgliedschaft im Europäischen Wirtschaftsraum (EWR), zu dessen Mitgliedern zum Beispiel Norwegen zählt, wäre für das Vereinigte Königreich die nächstliegende Option. Ähnlich wie die Skandinavier hätten die Briten dann weiterhin Zugang zum Binnenmarkt – allerdings nicht kostenfrei. Norwegen muss zum Beispiel von 2014 bis 2021 jährlich fast 400 Millionen Euro an 15 ärmere EU-Staaten zahlen.

Da das britische Bruttoinlandsprodukt etwa siebenmal so hoch ist wie das norwegische, könnten auf die Briten Verpflichtungen von etwa 2,8 Milliarden Euro pro Jahr zukommen.

Der Preis des „Modells Norwegen“ ist allerdings noch höher. Denn als Mitglied des EWR wäre Großbritannien verpflichtet, die Regeln des Binnenmarktes zu übernehmen, ohne über deren Weiterentwicklung mitbestimmen zu können. Norwegen etwa musste in diesem Zusammenhang rund drei Viertel aller EU-Gesetze in nationales Recht überführen. Zudem müssen norwegische Unternehmen nachweisen, dass ihre Produkte hauptsächlich im EWR erzeugt wurden, um zollfrei in die EU exportieren zu können.

2. Bilaterale Abkommen mit der EU, so wie sie die Schweiz vereinbart hat, wären eine zweite Alternative nach dem Brexit. Allerdings hat die Schweiz für ihre Dienstleistungen nur sehr bedingt freien Zugang zum EU-Binnenmarkt bekommen. Das wäre für Großbritannien ein Problem. So käme das Land sehr wahrscheinlich nicht mehr in den Genuss der einheitlichen Bankenlizenz, wonach eine in einem EU-Land zugelassene Bank ihre Dienste auch in allen anderen Mitgliedsstaaten anbieten kann.

Britische Banken müssten künftig in jedem EU-Land zu hohen Kosten eine Niederlassung beantragen.

3. Die Mitgliedschaft in der Welt handelsorganisation wäre für das Vereinigte Königreich die Rückfallposition, wenn kein Abkommen mit der EU zustande käme. Dann aber müssten britische Exporteure wieder Zölle zahlen, um ihre Produkte in der EU verkaufen zu können – das kann im Einzelfall sehr teuer werden (Grafik):

Für Milchprodukte erhob die EU im Jahr 2014 einen Einfuhrzoll von gut 42 Prozent.

Der durchschnittliche Zollsatz für alle Güter betrug zwar nur 5,3 Prozent. Doch vor allem bei Produkten mit harter Preiskonkurrenz fällt auch ein solcher Aufschlag ins Gewicht.

Alle Informationen zum Thema Brexit im Dossier auf iwd.de

EU-Binnenmarkt: Die Eintrittspreise

Von der EU erhobene durchschnittliche Außenzollsätze im Jahr 2014 in Prozent

Milcherzeugnisse	42,1
Zucker, Süßwaren	25,2
Getränke, Tabak	20,7
Tierische Waren	17,7
Getreide, Getreideerzeugnisse	14,9
Fisch, Fischerzeugnisse	12,0
Bekleidung	11,4
Pflanzliche Waren	10,9
Ölsaaten, Fette, Öle	6,8
Textilien	6,5
Kaffee, Tee	6,1
Chemikalien	4,5
Transportausrüstungen	4,3
Lederwaren, Schuhe	4,1
Andere agrarische Erzeugnisse	3,6
Elektrische Maschinen	2,8
Sonstige Industrieerzeugnisse	2,6
Mineralöl	2,5
Mineralien und Metalle	2,0
Maschinenerzeugnisse (nicht elektrisch)	1,9
Holz, Papier etc.	0,9

Quelle: Welthandelsorganisation
© 2016 IW Medien / iwd 22

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Prämien sind kein Allheilmittel

Weiterbildung. Geringqualifizierte nehmen inzwischen zwar doppelt so häufig an Weiterbildungen teil wie noch zu Beginn des Jahrtausends. Zu Fachkräften oder Akademikern haben sie aber noch nicht aufgeschlossen. Der Gesetzgeber möchte daher finanzielle Anreize schaffen, damit sich Beschäftigte ohne Berufsausbildung stärker ins Zeug legen. Die Idee ist allerdings nicht ganz ausgegoren.

Lebenslanges Lernen wird mehr und mehr zu einer Selbstverständlichkeit: Im Jahr 2014 hat die Hälfte der erwachsenen Bundesbürger an Weiterbildungsmaßnahmen teilgenommen, vor einem Vierteljahrhundert waren es erst 37 Prozent.

Allerdings ist die Weiterbildungsbereitschaft der Menschen sehr unterschiedlich ausgeprägt (Grafik):

Während sich zwei Drittel der Meister und Akademiker regelmäßig fortbilden, tun dies von den Geringqualifizierten nur 39 Prozent.

Viele geringqualifizierte Beschäftigte schrecken vor einer Weiterbildung zurück, weil sie fürchten, dass die Mühen sowie die Zeit, die sie mit Lernen verbringen, sich nicht in besseren beruflichen Chancen niederschlagen. Daher sind viele nicht bereit, auf eine Helfertätigkeit zu verzichten, um eine Ausbildung aufzunehmen, die erst später zu einem höheren Einkommen führt.

Zudem haben Geringqualifizierte häufig nicht gelernt zu lernen; noch mal die Schulbank zu drücken, setzt sie unter Druck.

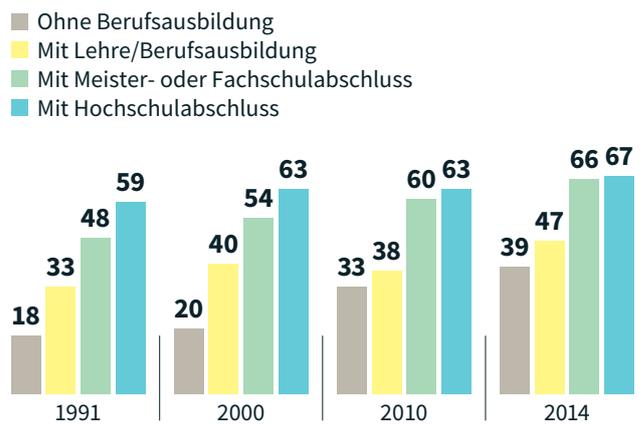
Die Bundesregierung will jetzt Beschäftigte ohne Berufsausbildung zu einer Weiterbildung motivieren – mit einer Erfolgsprämie:

Personen, die von (drohender) Arbeitslosigkeit betroffen sind oder keinen Berufsabschluss haben und die eine Ausbildung aufnehmen, sollen nach bestandener Zwischenprüfung eine Prämie von 1.000 Euro erhalten, nach erfolgreicher Abschlussprüfung sogar 1.500 Euro.

Der finanzielle Anreiz mag gut gemeint sein. An den Haupthemmnissen für die Teilnahme an einer Fortbildung setzt er jedoch nicht an. Denn auch nach der geltenden Rechtslage erhalten junge Erwachsene, die eine

Wer sich weiterbildet

So viel Prozent der 18- bis 64-Jährigen nahmen an Weiterbildungsmaßnahmen teil



Quelle: Bundesministerium für Bildung und Forschung
© 2016 IW Medien / iwd 22

iw Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Ausbildung beginnen, neben der Ausbildungsvergütung finanzielle Unterstützung durch die Bundesagentur für Arbeit – etwa für Lehrgangskosten, Fahrtkosten, Kinderbetreuungskosten oder den Nachhilfeunterricht.

Wer sich für eine Ausbildung entscheidet, ist ohnehin motiviert und weiß um die guten Arbeitsmarkt- und Einkommenschancen im Anschluss an die Lehre. Diese Personen benötigen keine Prämien – hier kommt es allenfalls zu Mitnahmeeffekten.

Sinnvoller wäre es, die Ausbildungsdauer für Umschüler zu verlängern. Bisher werden in der Regel Lehrgänge unterstützt, die nicht so lange dauern wie eine reguläre Berufsausbildung. Wenn aber künftig mehr Zeit zum Lernen bleibt, kommt das vor allem jenen entgegen, die Probleme mit dem Büffeln haben.

Um Lernhürden abzubauen, ist zudem eine Beratung über den Nutzen einer Weiterbildung unerlässlich. Mit der geplanten Förderung von Grundkompetenzen im Lesen, Schreiben und Rechnen erreicht man Geringqualifizierte und kann ihnen über konkrete Lernerfolge zeigen, dass sich Bildung lohnt. Nachfolgende Bildungsschritte müssen dann nicht mehr so stark gefördert werden, weil Lernbarrieren abgebaut wurden.

Allerdings ist es nicht Aufgabe der Arbeitslosenversicherung, die Grundbildung zu finanzieren. Dies sollte aus Steuermitteln geschehen.

Es darf ruhig ein bisschen mehr sein

Öffentliche Investitionen. Die Ausgaben der öffentlichen Hand sind in den vergangenen Jahren stark gestiegen – gleichzeitig ist aber der Investitionsanteil zurückgegangen. Dabei wird für die Modernisierung der Infrastruktur dringend mehr Geld benötigt.

Schlaglöcher, gesperrte Brücken und Schulen ohne funktionstüchtige Heizungen – diese seit Jahren bekannten Mängel zeigen, dass Deutschland zu wenig in seine Infrastruktur investiert. Hinzu kommt der dringend benötigte Ausbau moderner Technik – zum Beispiel schnelleres Internet und eine umfassende Digitalisierung (vgl. Seite 8-9).

Investitionen in die Infrastruktur sind für den Wirtschaftsstandort Deutschland von immenser Bedeutung. Solche Selbstverständlichkeiten betonen Politiker in der Öffentlichkeit zwar oft und gerne, getan wird dafür allerdings wenig:

Bund, Länder und Gemeinden haben 2015 nicht einmal jeden zehnten Euro ihrer Ausgaben für Investitionen bereitgestellt.

Denn das meiste Geld, das der Staat ausgab, floss in Personalkosten, Sozialleistungen und Zinsen. Mit einer Investitionsquote von annähernd 12 Prozent schnitten die Länder und Gemeinden 2015 besser ab als der Bund. Allerdings gelang es nur dem Land Berlin, seine Investitionsquote im Vergleich zum Vorjahr zu steigern.

Ein Blick auf die einzelnen Bundesländer zeigt, wie unterschiedlich sie mit Geld umgehen und wo sie Prioritäten setzen (Grafik):

Während Baden-Württemberg, Bayern und Sachsen einschließlich ihrer Gemeinden 2015 rund 15 Prozent ihrer Ausgaben investierten, begnügten sich sieben Bundesländer mit einer Investitionsquote von weniger als 10 Prozent.

In den Flächenländern trieben vor allem die Gemeinden die Quote nach oben: Sie investierten mehr Geld als die jeweilige Landesregierung.

Insgesamt haben Bund, Länder und Gemeinden im vergangenen Jahr gut 80 Milliarden Euro in die Infrastruktur gesteckt, etwa jeder vierte Euro davon kam vom Bund. Wichtigster Posten waren Baumaßnahmen, die insgesamt annähernd 40 Prozent der Investitionen ausmachten. Auf der Ebene der Kommunen flossen sogar zwei von drei investierten Euros in Bauprojekte.

Der größte Einzelposten war der Straßenbau, auf ihn entfielen rund 10 Milliarden Euro, wovon der Bund rund die Hälfte trug. In Schulen und Hochschulen investierten Länder und Kommunen knapp 5 Milliarden Euro. Weitere wichtige Investitionsbereiche waren der Kauf von Fahrzeugen, Maschinen, Grundstücken und Gebäuden sowie Beteiligungen an Unternehmen. Zudem wurden Darlehen vergeben und Investitionszuschüsse gewährt.

Öffentliche Investitionen: Die Bundesländer im Vergleich

Investitionen der Länder und Gemeinden in Prozent aller Ausgaben im Jahr 2015

Sachsen	16,5
Bayern	15,7
Baden-Württemberg	14,6
Brandenburg	13,2
Thüringen	12,3
Mecklenburg-Vorpommern	10,9
Rheinland-Pfalz	10,7
Sachsen-Anhalt	10,3
Nordrhein-Westfalen	10,1
Schleswig-Holstein	9,9
Bremen	9,7
Niedersachsen	9,3
Hamburg	9,2
Hessen	8,9
Saarland	7,9
Berlin	7,4

Ausgaben: Kern- und Extrahaushalte

Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt
© 2016 IW Medien / iwd 22

Digitaler Dämmer Schlaf

Digitalisierung. Vor allem in den ländlichen Regionen Deutschlands fehlt qualifiziertes IT-Personal und die Internetzugänge lahmen – wenn sich das nicht schnell ändert, drohen die Potenziale der Digitalisierung dort dauerhaft brachzuliegen. Auch zwischen Ost- und Westdeutschland gibt es ein großes Gefälle.

Ohne eine IT-basierte Vernetzung von Produktentwicklung, Produktion, Logistik und Kunden läuft in der modernen Wirtschaft nichts mehr. Die wichtigsten Voraussetzungen für eine erfolgreiche Digitalisierungsstrategie sind qualifizierte IT-Arbeitskräfte und eine leistungsfähige IT-Infrastruktur. Was die Verfügbarkeit von IT-Kräften angeht, offenbaren sich in Deutschland jedoch gewaltige Probleme (Grafik):

Während in Großstädten auf 10.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte immerhin 115 IT-Akademiker kommen, sind es in dünn besiedelten ländlichen Kreisen lediglich 22.

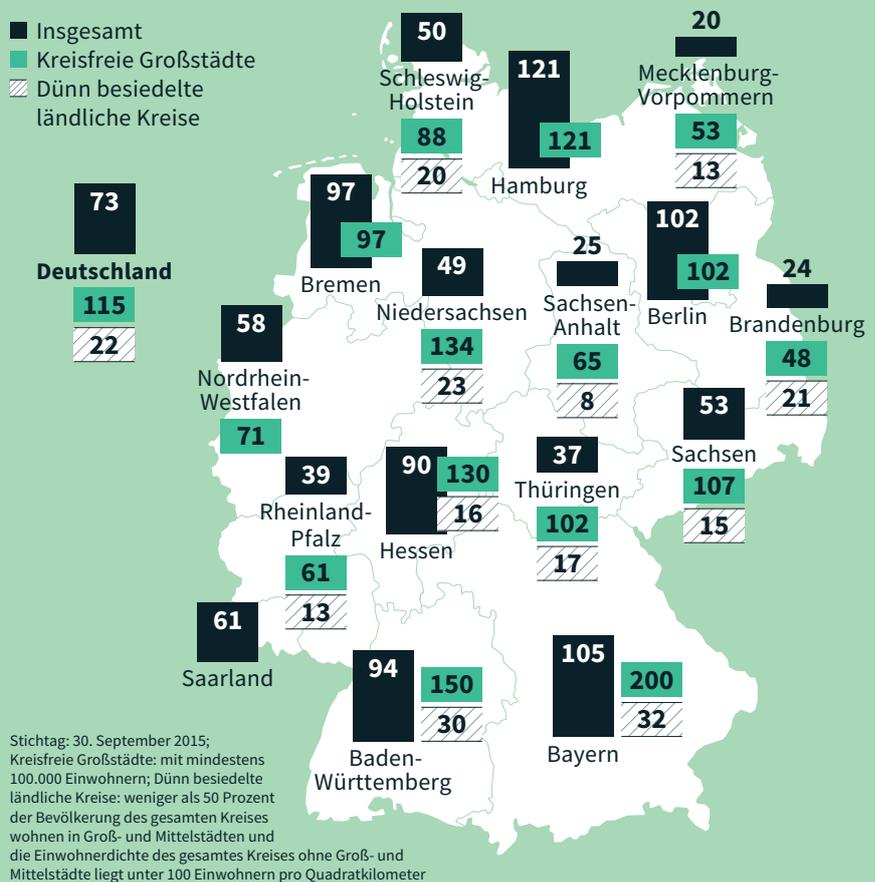
Bayern und Baden-Württemberg sind in Sachen IT-Spezialisten deutlich besser aufgestellt als der Rest der Republik. Denn in diesen beiden Bundesländern haben nicht nur die Großstädte eine bis zu zweimal so hohe IT-Beschäftigungsquote wie beispielsweise Berlin. Auch ihre ländlichen Regionen kommen auf ungefähr 30 IT-Akademiker pro 10.000 Beschäftigte – das ist fast die Hälfte mehr als im Bundesdurchschnitt. Hessen schneidet ebenfalls sehr gut ab, jedoch mit deutlichen Abstrichen in ländlichen Kreisen.

Extrem dünn ist die IT-Personaldecke in den ostdeutschen Flächenländern. Selbst das beste von ihnen, Sachsen, bleibt in allen Kategorien deutlich unter dem bundesweiten Durchschnitt.

Zudem stagniert die IT-Beschäftigungsdichte auf dem Land seit drei Jahren, während sie in den Städten weiter ansteigt – die ländlichen Kreise fallen also immer weiter zurück. Wenn die Unternehmen nicht genügend IT-Akademiker finden, können sie IT-Facharbeiter anheuern und diese entsprechend weiterbilden – so eine mögliche Theorie. In der Praxis zeigt sich allerdings, dass in den IT-Facharbeiterberufen – beispielsweise Industriesystemtechniker, Netzwerkadministrator

IT-Akademiker: Stadt schlägt Land, Süd schlägt Ost

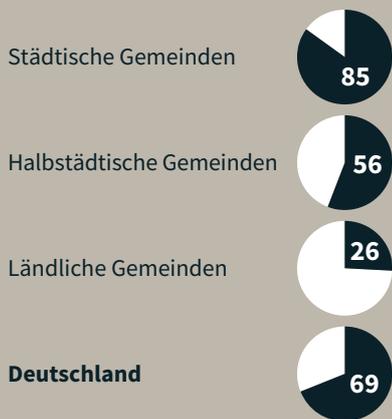
Von 10.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sind so viele in einem IT-Akademikerberuf tätig



Stichtag: 30. September 2015; Kreisfreie Großstädte: mit mindestens 100.000 Einwohnern; Dünn besiedelte ländliche Kreise: weniger als 50 Prozent der Bevölkerung des gesamten Kreises wohnen in Groß- und Mittelstädten und die Einwohnerdichte des gesamten Kreises ohne Groß- und Mittelstädte liegt unter 100 Einwohnern pro Quadratkilometer

Breitbandinternet: Lahmes Land

So viel Prozent der Haushalte steht eine Downloadrate von mindestens 50 Megabit pro Sekunde zur Verfügung

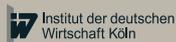


Kreisfreie Großstädte

Top 5		Flop 5	
Bonn	98	Magdeburg	59
Regensburg	98	Halle (Saale)	64
Leverkusen	97	Solingen	65
Kiel	96	Chemnitz	68
Bremerhaven	96	Erfurt	70

Stand: Mitte 2015; Städtische Gemeinden: mindestens 500 Einwohner pro Quadratkilometer; Halbstädtische Gemeinden: 100 bis 499 Einwohner pro Quadratkilometer; Ländliche Gemeinden: weniger als 100 Einwohner pro Quadratkilometer

Ursprungsdaten: Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur, TÜV Rheinland
© 2016 IW Medien / iwd 22



und Systemprogrammierer – das gleiche Problem besteht wie in den akademischen IT-Berufen: Die Beschäftigungsdichte in Großstädten liegt etwa viermal so hoch wie auf dem Land.

Mit anderen Worten: Wo viele IT-Akademiker beschäftigt sind, finden sich auch viele IT-Facharbeiter – wo jedoch kaum Informatiker beschäftigt sind, können IT-Facharbeiter die Lücke nicht schließen.

Dieses Phänomen gibt es zwar auch bei Ingenieuren und Technikern, allerdings verteilen sich die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in diesem Segment deutlich

gleichmäßiger und sind auch in dünn besiedelten Regionen noch stark vertreten. Das gravierende Stadt-Land-Gefälle bei den IT-Berufen spiegelt also nicht nur den großen Rückstand der ländlichen Regionen in puncto Digitalisierungs-Know-how wider, es legt auch ein gravierendes Rekrutierungsproblem offen.

Eine weitere Ursache für das Fehlen von IT-Akademikern ist, dass insbesondere die Hochschulen in ländlichen Regionen weniger Informatiker hervorbringen als Hochschulen in Städten und Ballungszentren. Im Prüfungsjahr 2014 zum Beispiel waren es, gemessen an der Zahl der Erwerbstätigen, nur halb so viele.

Auf der Ebene der Bundesländer schneiden wiederum die ostdeutschen Hochschulen schwach ab. Sie bilden allesamt weniger Informatiker aus als im Bundesschnitt, während Baden-Württemberg, Bayern und Hessen auch in diesem Ranking auf dem Treppchen stehen.

Eine Digitalisierung der Geschäftsmodelle – zum Beispiel Big Data – und die Vernetzung der wirtschaftlichen Aktivitäten – wie der Austausch von Daten mit Zulieferern und Kunden – braucht neben qualifizierten IT-Mitarbeitern eine entsprechende IT-Infrastruktur, sprich ein Breitband, das diesen Namen auch verdient.

Zwar gibt es noch keine regional differenzierten Daten für die gewerbliche Wirtschaft, die private Breitbandverfügbarkeit bildet jedoch einen guten Näherungswert (Grafik):

Im Bundesdurchschnitt hatten Mitte vergangenen Jahres 69 Prozent aller privaten Haushalte ein Breitbandinternet mit einer Verbindungsrate von 50 Megabit pro Sekunde.

Doch dieser Durchschnittswert gilt eben nicht für alle. Während Städte ab 500 Einwohnern pro Qua-

dratkilometer eine durchschnittliche Quote von 85 Prozent haben, erreicht so manches Dorf nicht einmal ein Drittel davon.

Unter den kreisfreien Großstädten in Deutschland sind Bonn und Regensburg mit einer Abdeckung von jeweils 98 Prozent Spitze, Magdeburg und Halle an der Saale halten mit jeweils etwa 60 Prozent die rote Laterne.

Dass die Verfügbarkeit von Breitbandinternet wie die IT-Beschäftigung stark mit der Einwohnerzahl zusammenhängt, hat auch finanzielle Gründe. Denn der Großteil der Breitbandversorgung läuft kabelgebunden – je höher also die Einwohnerdichte, desto mehr Haushalte können kostengünstig mit Glasfaserkabel versorgt werden.

Um all diese Defizite zu beseitigen und Deutschland aus seinem digitalen Dämmer Schlaf zu wecken, muss der weitere Ausbau der Breitbandinfrastruktur mit höchster Priorität vorangetrieben werden.

Darüber hinaus müssen gerade die Hochschulen in ländlichen Gebieten und in Ostdeutschland generell mehr als bislang in die Ausbildung von Informatikern investieren – trotz der Gefahr, dass der eine oder andere nach seinem Studium abwandert. Und auch was die Suche nach und das Halten von IT-Kräften angeht, müssen sich diese Regionen mächtig ins Zeug legen – sonst rauscht die Digitalisierung an ihnen vorbei.

Weitere Informationen:

Christina Anger, Oliver Koppel, Axel Plünnecke: MINT-Frühjahrsreport 2016 – Herausforderungen der Digitalisierung, Gutachten für BDA, BDI, MINT Zukunft schaffen und Gesamtmetall, unter: iwkoeln.de/studien

Auf iwkoeln.de finden Sie auch zwei interaktive Deutschlandkarten zu den Themen IT-Experten und Breitbandinternet für alle 402 Kreise.

Kein Schuldenschnitt nötig

Griechenland. Der Internationale Währungsfonds (IWF) wollte aus dem dritten Hilfsprogramm für Griechenland aussteigen, wenn die sogenannte Schuldentragfähigkeit des Landes nicht gesichert ist. Dazu braucht es jedoch keinen Schuldenschnitt, wie vom IWF in den Raum gestellt. Das zeigt der jüngste Kompromiss in Brüssel.

Ein ganzes Jahr lang hat man von der griechischen Schuldenkrise so gut wie nichts gehört, doch in den vergangenen Wochen stand die erste Überprüfung des dritten Hilfsprogramms ins Haus – und damit ein Wiederaufflammen der Krise.

Ein Grund dafür war, dass die Regierung in Athen die an das Hilfspaket gekoppelten Reformen erst nach langem Zögern und nur widerwillig akzeptiert hat – und das auch nur, weil ihr das Geld ausgeht und schon bald wieder Schuldentrückzahlungen anstehen.

Die Verhandlungen zwischen Griechenland und der Troika aus EU-Kommission, Europäischer Zentralbank (EZB) und IWF wurden dadurch erschwert, dass Letzterer eine deutliche Schuldenerleichterung forderte. Ansonsten sei die Schuldentragfähigkeit Griechenlands nicht gewährleistet, sodass sich der IWF nach seinen Statuten nicht mehr an dem Hilfsprogramm beteiligen dürfe. Das wiederum will die Bundesregierung nicht. Denn:

Ein echter Schuldenschnitt für Griechenland würde bedeuten, dass der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) und die Eurostaaten Verluste zu tragen hätten – für die letztlich die europäischen Steuerzahler geradestehen müssten.

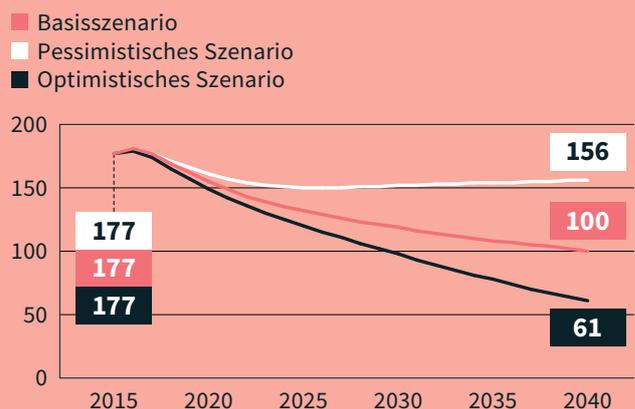
Zwei Kompromisse haben aus diesem Dilemma herausgeführt:

Der Primärüberschuss Griechenlands, also die Staatseinnahmen minus Staatsausgaben ohne Zinszahlungen, soll für das Jahr 2018 durch ein vorsorgliches Sparpaket gesichert werden. Es tritt also nur dann in Kraft, wenn der angestrebte Überschuss verfehlt wird.

Einen Schuldenschnitt lehnen die Euro-Finanzminister zwar weiterhin ab, auf ihrem Treffen im Mai haben sie Griechenland jedoch unter anderem eine Verlängerung der Rückzahlungsfristen ab 2018 in Aussicht gestellt.

Griechische Staatsverschuldung: Drei Szenarien

Staatsverschuldung in Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP)



Basisszenario: jährliche Zunahme des realen Wirtschaftswachstums auf bis zu 3 Prozent bis 2018, dann allmählicher Rückgang auf 1,8 Prozent jährlich bis 2025, danach 1,8 Prozent jährlich bis 2040; Anstieg der Inflationsrate auf 2,2 Prozent jährlich bis 2022, dann Rückgang auf 1,8 Prozent jährlich bis 2025, danach 1,8 Prozent jährlich bis 2040; Anstieg des öffentlichen Primärüberschusses auf 3,5 Prozent des BIP in den Jahren 2018 und 2019, danach allmählicher Rückgang und ab 2025 konstant 2 Prozent jährlich bis 2040; im optimistischen Szenario entwickeln sich die drei Indikatoren besser, im pessimistischen Szenario schlechter als im Basisszenario

Ursprungsdaten: EU-Kommission, Internationaler Währungsfonds
© 2016 IW Medien / iwd 22

iw Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Eine aktuelle Analyse des IW Köln zeigt, dass dieser Weg richtig ist (Grafik):

Im Basisszenario – also bei moderaten Annahmen über die Entwicklung des Wirtschaftswachstums, der Inflation und des Primärüberschusses – kann Griechenland seine Schulden ab 2018 langsam abbauen und um 2040 eine Schuldenquote von circa 100 Prozent des BIP erreichen – und sich damit wieder selbst auf den Finanzmärkten finanzieren.

Dazu müssten aber die Rückzahlungsfristen um 15 bis 20 Jahre verlängert werden, sodass der Schuldenberg durch Wachstum und Inflation schmelzen kann.

Zudem sollte der ESM die – recht hoch verzinsten – Kreditforderungen des IWF übernehmen und selbst mehr langfristige Kredite aufnehmen, um das so gesicherte niedrige Zinsniveau an Griechenland weiterzugeben.

Vgl. IW-Kurzbericht 24/2016

Jürgen Matthes: Griechenland – IW-Schuldentragfähigkeitsanalyse zeigt: kein Schuldenschnitt nötig

iwkoeln.de/schuldenschnitt

Schweizer Käse

Bedingungsloses Grundeinkommen. Am 5. Juni 2016 stimmen die Schweizer über das bedingungslose Grundeinkommen ab – und werden es wohl ablehnen. Ist das Modell trotzdem ein Vorbild für Deutschland und die übrige EU?

Minarettverbot, Masseneinwanderung, Mindestlohn, Managergehälter – und jetzt das bedingungslose Grundeinkommen: So manch eine Volksabstimmung in der Schweiz sorgt im übrigen Europa für fast schon ungläubiges Staunen.

Zwar müsste der Schweizer Gesetzgeber im unwahrscheinlichen Fall eines positiven Votums die Ausgestaltung des Grundeinkommens regeln, es steht jedoch ein konkreter Vorschlag der Initiatoren im Raum. Demnach sollen alle 6,5 Millionen in der Schweiz wohnenden Erwachsenen ohne Wenn und Aber jeden Monat 2.500 Schweizer Franken erhalten, den 1,5 Millionen Kindern würden jeweils 625 Franken monatlich zugestanden.

Ein solches Grundeinkommen würde jährlich 208 Milliarden Franken kosten – das entspricht einem Drittel des Schweizer Bruttoinlandsprodukts und den gesamten Staatsausgaben des Jahres 2014.

Finanzieren soll sich das Ganze folgendermaßen (Grafik):

- Weil das Grundeinkommen staatliche Leistungen wie Altersversorgung und Sozialhilfe zum Teil ersetzt, sparen die Schweizer Sozialversicherungen rund 55 Milliarden Franken.
- Außerdem müsste jeder Erwerbstätige seinen monatlichen Verdienst bis zur Grenze von 2.500 Franken an den Staat abgeben. Wer weniger als 2.500 Franken verdient, gibt also we-

niger ab, als er oder sie an Grundeinkommen erhält. Alle anderen würden eigenes Einkommen gegen einen Transfer vom Staat eintauschen. Auf diese Weise, das hoffen zumindest die Befürworter des Schweizer Grundeinkommens, kämen 128 Milliarden Franken zusammen.

Damit bliebe eine Finanzierungslücke von 25 Milliarden Fran-

ken. Um diese zu decken, müsste zum Beispiel die Mehrwertsteuer auf 16 Prozent verdoppelt werden.

Diese Rechnung steht jedoch unter dem Vorbehalt, dass niemand sein Erwerbsverhalten ändert – Geringverdiener und Teilzeitbeschäftigte also weiterarbeiten, obwohl ihnen der Staat unter Umständen mehr Geld gibt als ihr Arbeitgeber –, ohne eine Gegenleistung zu verlangen. Soll es sich für diese Menschen weiterhin auszahlen zu arbeiten, müssten ihre Löhne wohl spürbar steigen. Welche Folgen das für die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz hätte, lässt sich heute noch nicht absehen.

Ob und wo ein bedingungsloses Grundeinkommen schon einmal mit Erfolg eingeführt wurde, lesen Sie auf iwd.de

Das Schweizer Grundeinkommen: Es droht ein Milliardengrab

Die Schweizer entscheiden am 5. Juni 2016 in einer Volksabstimmung, ob sie ein bedingungsloses Grundeinkommen von monatlich 2.500 Schweizer Franken (rund 2.250 Euro) für jeden in der Schweiz wohnenden Erwachsenen und von 625 Franken (563 Euro) für jedes Kind einführen. Die Finanzierungsrechnung des Schweizer Bundesrats auf Basis des Jahres 2016 ist als optimistisch einzustufen – denn sie gilt nur, wenn sich an der Erwerbstätigkeit und den Arbeitseinkommen der Schweizer nach der Einführung des Grundeinkommens nichts ändert.

	2.500 Franken pro Monat für rund 6,5 Millionen Erwachsene
	+ 625 Franken pro Monat für rund 1,5 Millionen Kinder
	× 12 Monate
	208 Milliarden Franken
– eingesparte Sozialausgaben	– 55 Milliarden Franken
– Einzahlungen aus Erwerbseinkommen	Bis zu 2.500 Franken je Erwerbstätigen – 128 Milliarden Franken
= Finanzierungslücke	= 25 Milliarden Franken

Umrechnungskurs am 24.5.2016: 1 Schweizer Franken = 0,90 Euro

Einzahlungen aus Erwerbseinkommen: Jeder in der Schweiz wohnende Erwerbstätige soll verpflichtet werden, die ersten 2.500 Franken seines monatlichen Einkommens an den Staat abzugeben. Erwerbstätige, deren Einkommen unter dieser Grenze liegt, müssten alles abführen.

Quelle: Schweizer Bundesrat
© 2016 IW Medien / iwd 22

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln
Chefredakteur: Ulrich von Lampe
(verantwortlich)
Stellv. Chefredakteur: Klaus Schäfer
Redaktion: Andreas Wodok (Textchef),
Irina Berenfeld, Berit Schmiedendorf,
Sara Schwedmann, Alexander Weber
Redaktionsassistent: Ines Pelzer
Grafik: IW Medien GmbH
Telefon: 0221 4981-523,
Fax: 0221 4981-504
E-Mail: iwd@iwkoeln.de
Bezugspreis:
€ 9,01/Monat, zzgl. € 3,08 Versandkosten,
inkl. Mehrwertsteuer,
Erscheinungsweise 14-täglich

Abo-Service: Therese Hartmann,
Telefon: 0221 4981-443,
hartmann@iwkoeln.de
Verlag:
Institut der deutschen Wirtschaft
Köln Medien GmbH,
Postfach 10 18 63, 50458 Köln,
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, Fax: 0221 4981-445
Druck: Henke GmbH, Brühl

Rechte für den Nachdruck oder die
elektronische Verwertung über:
lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter:
pressemonitor.de

iw.köln.wissen
SCHAFFT KOMPETENZ.

Top-Liste: Bier-Zwerge und Brau-Giganten

Deutsches Bier hat dank der jahrhundertelangen Brautradition und der hohen Qualität auf der ganzen Welt einen sehr guten Ruf. Auch beim Bierkonsum gehören die Bundesbürger mit jährlich 106 Litern pro Person zur Weltspitze. In puncto Produktionsmenge sind die deutschen Brauereien im Vergleich zu den weltweit größten Brauereikonzernen allerdings regelrechte Zwerge. Denn durch zahlreiche Fusionen und Expansionen in Wachstumsmärkte haben sich weltweite Brauerei-Giganten gebildet. Deutsche Traditionsbrauereien bedienen dagegen meist Nischenmärkte, denn viele heimische Konsumenten bevorzugen regionale Biere.

Zahl der Woche

72 Prozent

– so hoch ist der Anteil der deutschen Autohersteller am Weltmarkt für Premiumfahrzeuge. Japan folgt mit 11 Prozent, das Vereinigte Königreich, Schweden und die USA kommen jeweils nur auf 5 bis 6 Prozent.



Die fünf größten Brauereien ...

■ Bierproduktion in Millionen Hektolitern im Jahr 2015

... in Deutschland		... weltweit	
Radeberger Gruppe	11,9	Anheuser-Busch InBev	457,3
Anheuser-Busch InBev Deutschland	10,9	SABMiller	324,0
Oettinger Brauerei	9,3	Heineken	188,3
Bitburger Braugruppe	7,1	Carlsberg	120,3
Krombacher Brauerei	6,7	China Resources Breweries	116,8

Quellen: Getränke-Info Kelch/Hohmann, Jahresabschlüsse der Unternehmen, Deutscher Brauer-Bund © 2016 IW Medien / iwd 22



Neu auf iwd.de: IW-Direktor Michael Hüther zum Thema Gerechtigkeit

Im Interview mit dem iwd betont Michael Hüther, die Soziale Marktwirtschaft sichere heute den Wohlstand der Bundesbürger besser als vor zehn Jahren. Denn der starke Beschäftigungsaufbau und die gestiegenen Reallöhne in der vergangenen Dekade hätten die Einkommensmitte stabilisiert. Zudem hebt der IW-Direktor hervor, dass Chancengerechtigkeit wichtig sei – die Chancengleichheit zu steigern, heiße aber nicht, die Verteilung der am Markt erzielten Einkommen gleicher zu gestalten.

